

Krisenerscheinungen die Vorzüge eines stabilen Handels mit der krisenfreien Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik besonders schätzen. Der Handel mit Westdeutschland entwickelte sich im Vergleich zu 1950 wie folgt: 1954 = 149 Prozent, 1957 = 277 Prozent.

Die antinationale Politik der Bonner Regierung auf dem Gebiete des innerdeutschen Handels besteht darin, daß sie diesen Handel zwischen den beiden deutschen Staaten unter Ausnahmerecht gestellt hat. Durch die Begrenzung der Absatzmöglichkeiten für DDR-Waren in Westdeutschland mit Hilfe des Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahrens verhindert die westdeutsche Regierung größere Bezüge der DDR bei westdeutschen Firmen. Die westdeutschen Imperialisten versuchten mit allen Mitteln, den Handel unserer Republik mit kapitalistischen Ländern und Westdeutschland zu behindern. Sie versuchten, besonders den Absatz von Waren zu verhindern, die solche weltbekannten Warenzeichen tragen wie Zeiß-Jena und andere. Diesem kalten Krieg gegen die DDR wurde dadurch gewisser Vorschub geleistet, daß dem Kampf für die Anerkennung der Warenzeichen unserer sozialistischen Betriebe zuwenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Die Beschlüsse des IV. Parteitages und der III. Parteikonferenz sahen vor, den Handel der DDR mit den antiimperialistischen, aber auch mit anderen kapitalistischen Ländern zu erhöhen. Diese Aufgabe wurde erfüllt. Gegenwärtig gibt es gute Möglichkeiten, die Krisenerscheinungen auf dem kapitalistischen Weltmarkt für unsere Volkswirtschaft auszunutzen und den Handel mit einigen kapitalistischen Ländern auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils zu erweitern. Damit diese Möglichkeiten voll ausgenutzt werden können, muß die in Außenhandelsorganen vorhandene schädliche Ideologie beseitigt werden, daß der Exportplan in bezug auf den Handel mit den kapitalistischen Ländern infolge der dort wirkenden Krise nicht erfüllt werden könne.

Der Kampf der Partei für die Festigung und Entwicklung des Außenhandelsmonopols erwies sich als richtig und notwendig. Die im Beschluß der III. Parteikonferenz festgelegte Aufgabe, durch Eigengeschäfte der Betriebe in kapitalistischen Ländern unseren Export zu erweitern, wurde an einigen Stellen falsch ausgelegt. Eigengeschäfte dienen dazu, Exportreserven zu erschließen, aber nicht